

men von weniger als 9862 Dollar jährlich, liegen also unter der offiziellen Armutsgrenze für eine vierköpfige Familie.

Damit gilt fast jeder siebte Amerikaner als arm und hat beispielsweise Anspruch auf staatliche Lebensmittel-Coupons. Derart dramatische Zahlen gab es zuletzt Mitte der sechziger Jahre.

Die neuen Armen sind zumeist Absteiger aus der Mittelklasse, deren Anteil zwischen 1967 und 1982 von gut 28 auf 23,7 Prozent zurückging.

Der mögliche Wandel zu einer Gesellschaft mit breiter Unterschicht und einem schmalen Mittelstand wird von zahlreichen US-Wissenschaftlern bereits lebhaft diskutiert. Die Gefahr, daß ein zunehmendes Gefälle im Lebensstandard für soziale Konflikte sorgt, ist nicht von der Hand zu weisen. Nur einige wenige Leute wie James Medoff von der Harvard University glauben noch fest daran, daß sich die US-Gewerkschaften erfolgreich gegen die Entwicklung stemmen werden.

Doch die amerikanischen Arbeitnehmervertreter haben in den letzten Jahren wenig erreicht. Während 40 Prozent der bundesdeutschen Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, liegt in den USA der Anteil nur noch bei 20 Prozent. Bei den letzten Arbeitskämpfen hat sich gezeigt, daß die Arbeitgeber, von Bauindustriellen über Luftfahrtbosse bis zu den Stahlwerk-Managern, nicht nur die Forderungen nach Lohnerhöhungen erfolgreich abblocken, sondern sogar Lohnkürzungen durchdrücken könnten.

ÖSTERREICH

Vendetta in Rot

Eine unerwartete Neuauflage des Falles Androsch erschüttert die SPÖ. Hat der ehemalige Finanzminister beim Kauf einer 1,7-Millionen-Villa Steuern hinterzogen?

Täglich fast beschwört Kanzler Sinowatz die Genossen, „der Öffentlichkeit nicht länger das Bild einer zerstrittenen Partei zu bieten“.

Doch die Appelle fruchten wenig. Statt in Freundschaft geeint die Nach-Kreisky-Ära zu meistern, streiten die SPÖ-Funktionäre vor allem gegeneinander. „Es ist ja schon verrückt, was die in Wien aufführen“, stöhnte der Kärntner Landeshauptmann Leopold Wagner.

Die in Wien nämlich sind weit davon entfernt, brauchbare Regierungsarbeit zu leisten. Als gäbe es nichts Wichtigeres zu tun, spielen sie derzeit voll Inbrunst den vierten oder fünften Akt des Dramas Androsch, ein Mittelding zwischen griechischer Tragödie und Denver-Clan.

Der jetzt 46jährige Androsch beschäftigt die Austro-Sozialisten bereits seit

seiner Ernennung zum jüngsten österreichischen Finanzminister im Jahr 1970. Sie kommen, so scheint's, nicht los von ihm.

Anfangs war Hannes Androsch Kreiskys vielbewunderter Politsohn, der sich schon 1976 als Stellvertreter und Kronprinz des Alten etablieren konnte – Beweis für das endlich gelöste Nachwuchsproblem der österreichischen Arbeiterbewegung, die ihre Führungsgestalten zuvor nahezu ausnahmslos aus dem Großbürgertum bezogen hatte.

Wenn der „echte Bua aus dem Wiener Arbeiterbezirk Floridsdorf“ (so ein Parteifreund über Androsch) auf seine einwandfrei proletarischen Ahnen verwies, nickte das Parteivolk gerührt. Bald freilich kam Unbehagen auf. Den profitfeindlichen Genossen mißfiel Androschs aufsteigerischer Hang zum Genuß. Sie kritisierten der Reihe nach seine großen



Ex-Minister Androsch
„Echter Bua aus Floridsdorf“

Autos, seinen großen Lebensstil und vor allem seine große Steuerberatungskanzlei Consultatio, die der Finanzminister nebenberuflich betrieb und zum Branchenriesen machte.

Ab 1977 setzte sich Kreisky selbst („Ich bin tief enttäuscht“) an die Spitze der Kritiker. Der Kanzler riskierte einen regelrechten Machtkampf zwischen Androsch-Fans und Androsch-Feinden innerhalb der Partei und schaffte es tatsächlich, seinen ehemaligen Günstling aus der Politik ins Business abzudrängen.

Ende 1980 mußte der Jungstar seine Regierungämter ablegen und in die Chefetage der Staatsbank Creditanstalt ausweichen. 1983 verlor er noch obendrein seinen Sitz im Parteivorstand. „Nun ist der Fall ausgestanden“, hoffte die Parteigarde – und irrte.

Denn inzwischen wurde der Bankier Androsch von den Schatten des Politikers Androsch eingeholt. Gezielte Indis-



Ex-Kanzler Kreisky
„Ich bin tief enttäuscht“

kretionen aus dem Finanzministerium nähren den Verdacht, daß er 1975 beim Kauf einer 1,7-Millionen-Mark-Villa im Wiener Nobelviertel Neustift nicht gerade peinlich gesetzestreu vorging. Michael Graff, Generalsekretär der oppositionellen ÖVP: „Er hat sich der Steuerhinterziehung schuldig gemacht.“

Eine angeblich routinemäßige, in Wahrheit jedoch vom neuen Finanzminister Herbert Salcher speziell angeordnete Überprüfung der Steuerakte Androsch brachte in der Tat Ungewöhnliches zutage. Besagte Villa, so stellte sich heraus, wurde keineswegs von Androsch selbst gekauft. Der ganze Clan samt einem Wahlonkel wirkte dabei kostensparend mit.

Als Käufer trat Schwiegervater Paul Schärf, ein Bruder des seinerzeitigen Bundespräsidenten Adolf Schärf, auf, wobei er freilich keinen Groschen zu investieren brauchte.

Die Gelder stammten aus zwei zinsbegünstigten Krediten der Wiener Zentralsparkasse, für deren Absicherung nebst dem Villengrundstück selbst eine Bürgschaft durch Androsch – nicht durch Schärf – und sechs Konten dienten.

Von diesen lauteten drei auf die Lösungsworte Hannes, Brigitte (Androschs Frau) sowie Lia (Androschs Mutter) und sind in den entsprechenden Steuererklärungen korrekt aufgeführt. Die restlichen drei hingegen im Gesamtwert von über 355 000 Mark waren anonym und in keinem Vermögensbekenntnis zu finden – Schwarzgeld.

Noch seltsamer mutet an, was während der Überprüfung der Androsch-Akte geschah. Plötzlich meldete sich ein 82jähriger pensionierter Arzt namens

Gustav Steiner, deklarierte sich als „Wahlonkel meines lieben Hannes“ und erstattete Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung. Er sei nicht nur der Besitzer der drei anonymen Sparbücher, sondern auch der drei anderen.

Bei dieser Sachlage drängte sich den untersuchenden Finanzbeamten nahezu automatisch die Vermutung auf, daß der Villenkauf sehr wohl durch Androsch persönlich getätigt wurde. Ihre These: Schwiegervater Schärf war lediglich vorgeschobener Treuhänder, „Wahlonkel“ Steiner, unterdessen verstorben, opferte seinen guten Namen.

Androsch und sein Nachfolger Salcher verkehren nur noch über Anwälte

PAPUA-NEUGUINEA

Sorgen um Sirenen

Ein schwerer Zyanid-Unfall vor der Küste Papua-Neuguineas bedroht zehntausend Eingeborene.

Die Nachfahren der Kopffäger meinten es ernst. 300 Prozent mehr Lohn, zwölf statt wie bisher drei Mark die Stunde forderten die tausend Papuas, die sich als Bau- und Hilfsarbeiter bei der Ok-Tedi-Minengesellschaft in Papua-Neuguinea verdingt hatten, außerdem Schulungskurse für ihre Gewerkschafter

nenhafes Kiunga im Fly-River transportieren sollte, geriet am 14. Juni vor der Küste Neuguineas in schwere See. 15 Container mit 2700 Fässern hochgiftigem Natrium-Zyanid gingen über Bord.

Das Gift, das zur Goldaufbereitung verwendet wird, ist bereits in das seichte Korallenmeer zwischen Neuguinea und Australien geflossen, denn mindestens ein Container mit 180 Fässern brach auseinander, und drei Behälter mit je 100 Kilogramm Natrium-Zyanid sind bisher aufgeplatzt. „Wir haben eine Menge toter Fische gesehen“, berichteten Hubschrauberbesatzungen, die den Golf von Papua in den vergangenen Wochen überflogen.

Natrium-Zyanid ist, ähnlich wie Zyanalkali, ein sehr starkes Gift, das wasserlöslich ist und Blausäure freisetzt, in der Luft rasch oxidiert und tödliche Gase bildet. Das Zehntel eines Milligramms im Wasser tötet bereits Fische. Fünfzig bis sechzig Milligramm reichen aus, einen Menschen umzubringen.

Vom Zyanid bedroht sind die rund 10 000 Eingeborenen, die an der flachen, schwer zugänglichen Mangrovenküste Süd-Neuguineas wohnen. Sozialarbeiter und Gesundheitshelfer fliegen mit Hubschraubern von Dorf zu Dorf, um aufzuklären: „Eßt keinen Fisch und badet nicht im Meer.“ Eine fast sinnlose Warnung, denn die Eingeborenen leben von selbstgefangenen Meerestieren – und um sie zu fangen, müssen sie ins Meer.

Im Dorf Nemeti bemächtigten sich Papua-Fischer eines angeschwemmten Zyanid-Fasses und wollten es nur gegen eine Belohnung herausrücken. Als die Polizei eingriff, hatten sie den Behälter bereits aufgebrochen. „Was für ein Glück, daß sie noch nicht versucht hatten, das Gift aus dem Faß zu entfernen“, so ein Angestellter der Ok-Tedi-Reederei „sonst wären sie jetzt tot.“

„Jedes Faß kann etwa zwei Quadratkilometer Ozean verseuchen“, sagt ein Chemiker in Port Moresby. Zoologen sorgen sich besonders um die Seekühe der Region. Die plumpen großen Meeressäugtiere, die Seeleute früherer Zeiten für Sirenen hielten, sind fast überall ausgestorben. Zwischen Australien und



Papuas: „Eßt keinen Fisch und badet nicht im Meer“

miteinander. Die Androsch-Anhänger befürchten, daß es weit weniger um die Erledigung eines Steuerfalles als um die Erledigung eines Widersachers geht – eine späte Rache des Altkanzlers Kreisky, der über den mißbratenen Ziehsohn nicht hinwegkommen kann.

Während der Hauptbetroffene bislang vergeblich auf die Abschlußbesprechung mit den Prüfern seiner Steuerakte wartet, steht schon eines fest: Unabhängig vom Ausgang des Falles wird es letztlich nur Verlierer geben.

Androsch hat im Schuldfall eine „Kerkerstrafe“ zu gewärtigen, im Unschuldfall aber keine Ehrenerklärung zu erwarten, da es sich „um ein ganz normales Steuerprüfungsverfahren handelt“ (Salcher).

Nicht einmal die oppositionelle ÖVP empfindet Freude über die „Vendetta in Rot“ („Wochenpresse“).

„Der Ruf unserer Politiker ist doch eh schon am Hund“, stöhnt ÖVP-Vizevorsitzender Erhard Busek. „Wie tief wird er denn noch sinken?“

und – besonders wichtig – von der Firma bezahlte Amüsierdamen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, verbarrikierten sich die Arbeiter wochenlang im Minengelände und kappten die Telefonverbindungen zur Hauptstadt Port Moresby.

Der nächste Schlag ereilte die Ok-Tedi-Minengesellschaft, eine der modernsten und größten Goldminen der Welt, im April dieses Jahres. Ein gewaltiger Erdbeben nach tropischen Regengüssen machte alle Pläne für den Bau eines Staudammes, wo giftige Abfallsalze eingegraben werden sollten, zunichte.

Als die Bergwerksgesellschaft, an der außer der Papua-Neuguinea-Regierung auch australische, amerikanische und deutsche Firmen wie Degussa und die Metallgesellschaft Anteile halten, endlich im Juni die Goldproduktion, die 700 000 Unzen pro Jahr betragen soll, aufnahm, kam die Umweltkatastrophe.

Der Schlepper „Menga“, der zwei Leichter von Port Moresby bis zum Bin-

